



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/21/46 - 24. Februar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 089 806

Hinweise  
auf den Inhalt:

Der Reinigungsprozess in der FDP	S. 1
Saar-Mosel-Verhandlungen	S. 3
Ludwig Metzger, MdB : Evangelische Kirche und Kriegsdienstverweigerung	S. 5
Zum Tode Heinrich Imigs	S. 7

## Klärung durch Spaltung

Der Kernschmerz der sechzehn Abgeordneten unter Martin Euler aus der FDP und die wahrscheinliche Bildung einer (jedenfalls von der FDP) selbständigen "Deutschen Volkspartei" wird die Brücke zwischen der Bonner und der Düsseldorfer FDP vorbereiten und solider gestalten. Eulers Gegenschlag gegen den sogenannten Aufstand der Jungen in Nordrhein-Westfalen hat die bisherigen FDP-Minister sowie ein Dutzend weiterer Abgeordneter erfasst. Die Bewegung wird vermutlich einige Gefolgschaft in Hessen und in Berlin finden, darüber hinaus wohl kaum. Nebenbei soll wohl mit der Wahl des Namens "Deutsche Volkspartei" eine Anleihe bei dem guten Namen Stresemann gemacht werden, wobei erlaubt sein muss, daran zu erinnern, dass Stresemann zuletzt an der Gegnerschaft derjenigen seiner Parteifreunde zugrunde gegangen ist, die heute in der Euler-Mellhausen-Gruppe ihren Ausdruck finden.

Die Folgen im Bundestag sind etwas unsicher. Eine neue kleine Gruppe von sechzehn Mann, die nun gerade Fraktionsstärke besitzt, hat vier Minister, darunter den Vizekanzler, in der Regierung, d.h., von vier Abgeordneten ist jeweils einer Minister.

Es beginnt sehr peinlich zu werden, dass bei Parteispaltungen, die ihren letzten Ursprung in der Politik Adenauer haben, die Minister aus den betreffenden Parteien, so wie es schon im BBE der Fall war, bisher ohne Ausnahme ihren Posten dem Verbleiben in der alten Partei vorzogen. Vielleicht hat auch der Kanzler schon bei der Behandlung

der Angelegenheit Kraft-Oberländer an den möglichen Zerfall der FDP gedacht und die gute Wirkung, die es auf die Minister dieser Partei haben müsste, wenn er die genannten BHE-Minister unter allen Umständen im Kabinett halten würde. Die Deutsche Partei mit ihren sechzehn Abgeordneten hat nur zwei Minister in der Regierung. Erließe die FDP ebenfalls in der Regierung, müssten auf ihre siebenunddreißig Abgeordnete doppelt soviel Minister entfallen wie auf die neue Fraktion - eine Überlegung, die die ganze Verworrenheit der neuen Lage verdeutlicht.

Aber dahin wird es kaum kommen, denn es steht seit der Affäre Kraft/Oberländer fest, dass der Kanzler die Minister, unabhängig von dem Willen der Partei, die sie einst in die Regierung gesandt hat, sozusagen als seine Privatangestellten betrachtet.

Die Auflockerung des parteipolitischen Lebens, die ihren Anfang in Düsseldorf nahm, hat also eher <sup>als</sup> erwartet in Bonn ihren Fortgang gefunden. In wessen Nutzen? Der Kanzler und seine Partei haben einen neuen absolut zuverlässigen Verbündeten in Stärke der neuen Fraktion gewonnen und einen unsicher gewordenen Partner in Stärke von 57 Abgeordneten vermutlich endgültig verloren. Die FDP war in Bonn vor die Frage gestellt, die eine Antwort unvermeidbar machte, wenn man sie auch nicht so schnell erwartete, wie sie sich zur Düsseldorfer Entscheidung stellen wolle. Die Erklärung Adenauers am Montagabend, es sei unmöglich, dass die gleiche Partei im Bundestag diese und über die Landesregierung im Bundesrat eine andere Politik treibe, mag den Ausgangspunkt für diese zweite Revolte in der FDP innerhalb weniger Tage gebildet haben.

Noch sind in der FDP die Dinge völlig im Fluss. Die nächsten wichtigen Ereignisse werden die Vorstandssitzungen der Partei am Sonnabend in Stuttgart und die ungleich wichtigere Wahl am 4. März in Baden-Württemberg sein. Vor ihnen wird es weitgehend abhängig, wie sich die Dinge in der FDP weiterentwickeln, wie die neue Kräfteverteilung zwischen den einzelnen Gruppen sein wird. Dass ein unvermeidlicher Klärungsprozess jetzt in Gang gekommen ist, mag für viele der Betroffenen auch schmerzhaft, für die westdeutsche Innenpolitik nur nützlich sein. Die Tendenzen dieser Entwicklung zeichnen sich deutlich ab: Ein näheres Zusammenrücken altliberaler und junger fortschrittlicher Kräfte, von denen sich die ministerielle - industrielle Gruppe unter schwarz-weiß-rotem Vorzeichen jetzt deutlich geschieden hat - eine Gruppe, die sich ihrerseits ohne grosse Anstrengung und Selbstüberwindung auch mit der CDU oder der DF verbinden könnte.

Hoffnungslos festgefahren

b.v. Paris,

Am 3. März will Christian Pineau, Frankreichs sozialistischer Außenminister, nach Bonn reisen, um dort die Verhandlungen über Saar und Mosel wieder aufzunehmen, die am 20. Februar in Paris nach kurzem Anlauf sich hoffnungslos festgefahren hatten. Genau gesehen, waren sie eigentlich bereits gestorben, ehe sie recht angefangen hatten, was deutlich daran lag, dass man vergessen hatte - oder hatte vergessen wollen - sich zuvor über Begriffe und grundsätzliche Verhandlungsgrenzen zu einigen.

Es geht gar nicht mehr darum, ob die Saar zum Bestandteil der Bundesrepublik wird: Niemand in Frankreich zweifelt daran. Es geht auch nicht darum, ob die Übergangszeit - für die Regelung der französischen Wirtschaftsinteressen und Investitionen - zwei Jahre dauert, wie Bonn will, oder zehn Jahre, wie Frankreich vorsieht. Sondern es geht um zwei andere Fragen, von denen wenigstens eine bis zum 3. März kaum geklärt sein kann.

Die erste dieser beiden Fragen ist die der Beteiligung Frankreichs an den Saargruben - dem Warndt-Becken - und damit zusammenhängend die der Leitung dieser Unternehmen. Niemand hat bisher genau definiert, was unter dem Warndt-Becken verstanden werden soll, obwohl man doch hätte annehmen dürfen, dass diese Grundfrage längst von den Fachleuten geregelt wäre. Die zweite Frage ist die, ob Frankreich an dem Junktim "Saarregelung-Moselkanal" festzuhalten gedenkt.

Bei diesem Junktim ist das Unglück, dass es keine Erfindung der jetzigen Regierung ist, sondern ein Erbe, das willig übernommen wurde - und übernommen werden musste. Auf eine simple Formel gebracht, lautet die französische These etwa: Sagt ihr ja zum Bau des Moselkanals, so sagen wir ja zu rascher Lösung des ganzen Saarproblems, denn wir wollen und können die Saar, die uns zur Ergänzung unserer Wirtschaft überantwortet wurde, nicht sang- und klanglos preisgeben. Mit anderen Worten, es handelt sich nicht nur um ein Junktim, also um eine Verbindung von Massnahmen, sondern um eine Voraussetzung, die in der französischen Öffentlichkeit zu einer Art Ehrensache geworden ist. Eine Regierung, gleichviel welcher Färbung, die sie fallen liesse, hätte vor dem

Parlament einen äusserst schweren Stand.

An diesem Zustand und diesen Zusammenhängen kann sich bis zum März nicht viel - oder gar nichts - ändern. Die deutsche Seite freilich kann sich darauf berufen, dass sie mit ihrer Ablehnung der Mosel-Kanalisation (deren Zweck es sein soll, einen billigen Transportweg für die Saarkohle und anderer Kohle in das lothringische Eisengebiet zu schaffen) nicht mehr allein steht: Belgien und Luxemburg vertreten den gleichen Standpunkt und haben ihn in aller Deutlichkeit ausgedrückt. Die französische Regierung aber hat doch auch ein Druckmittel zur Verfügung. Denn sie kann den deutschen Beschwerden über die Versteppung deutschen Rheinbodens in Baden, die durch die Ablenkung des Rheinwassers hervorgerufen wird, Gehör schenken oder nicht, je nachdem ihre eigenen Wünsche berücksichtigt werden oder auf Ablehnung stossen. Das ist die Verbindung der Fragen Mosel-Kanal und Rhein-Seitenkanal.

Die "Europäer", und nicht etwa die katholischen, haben freilich eine Antwort parat. Niemand, sagen sie, hätte etwas gegen den Moselkanal einzuwenden, wenn es endlich einen gemeinsamen europäischen Markt gäbe, d.h. wenn es keine, oder nur eng begrenzte nationale Wirtschaftsinteressen in Westeuropa gäbe. Christian Pineau, der selbst ein "Europäer" ist, scheint sich dieser Auffassung anzuschliessen, muss aber doch wohl zugeben, dass es den ersehnten gemeinsamen Markt eben noch nicht gibt, und die Aussichten auf seine Entstehung werden am 3. März keinesfalls besser sein als sie am 20. Februar waren.

So wird es wohl, wenn der 3. März nicht ebenso ungenutzt verstreichen soll wie der 20. Februar, darauf ankommen, Frankreich als -mindestens vorläufigen-Ersatz für den Moselkanal mehr zu bieten als verbilligte Eisenbahntarife. "Mit verbilligten Eisenbahntarifen, die jederzeit widerrufen werden können, als Ersatz für den Kanal kann keine Regierung vor das Parlament treten", erklärte zwei Tage nach der Abfahrt der deutschen Delegation aus Paris ein an einer Einigung höchst interessierter französischer Politiker. Eine "Aufschiebung" des Kanalprojektes, setzte er hinzu, kann nur vertreten werden, wenn "sich die Deutschen bis zum 3. März etwas ausdenken, was als wirklicher Gegenwert dargestellt werden kann und es auch wirklich ist". Und etwas bitter schloss er: "Oder hat die Bonner Regierung ein Interesse daran, der Regierung Mollet, weil sie aus Sozialisten und Radikalen besteht, Knüppel in den Weg zu werfen?"

### Unüberhörbare Stimme

Von Ludwig Metzger, M.d.B.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich auf ihren Tagungen in Berlin-Weissensee im Jahre 1950 und in Elbingerode im Jahre 1952 mit der Frage des Schutzes der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen befasst. "Wer um seines Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert", hat sie in Weissensee gesagt, "soll der Fürsprache und der Fürbitte der Kirche gewiss sein". In Elbingerode wiederholte sie den Gedanken mit den Worten: "Den vielen aber unter euch, die sich in der Lage sehen, in der sie nur mit schlechtem Gewissen zur Waffe greifen könnten, sagen wir noch einmal, dass wir gewillt sind, nicht in der Fürbitte vor Gott, sondern auch vor den politischen Instanzen für sie einzutreten, die aus Gründen des Gewissens den Kriegsdienst verweigern".

Auf ihrer letzten Tagung im März 1955 in Espekamp hat die Synode bei dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland angeregt, einen Ausschuss für die Erarbeitung einer Stellungnahme zur rechtlichen Regelung des Schutzes der Kriegsdienstverweigerer einzusetzen. Demgemäß hat der Rat einen Ausschuss aus Theologen und Juristen bestellt, der einen "Ratschlag" in acht Thesen erteilt und dazu eine eingehende Begründung gegeben hat. Im Dezember 1955 stimmte der Rat dem Ratschlag des Ausschusses ausdrücklich zu und beauftragte seine Bevollmächtigten bei der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik, den Ratschlag den zuständigen staatlichen Stellen zur Kenntnis zu bringen und zu vertreten.

Der Ratschlag mit Begründung und einem dokumentarischen Anhang ist nun im Christian Kaiser Verlag München erschienen. Das Büchlein sei eingehendem Studium dringend empfohlen.

#### "Sünde wider Gott"

Die Begründung geht davon aus, dass sich seit dem Ausgang des ersten Weltkrieges in der Stellung der christlichen Kirchen zum Krieg eine Wandlung gegenüber dem 19. Jahrhundert mit seiner Problemblosigkeit in dieser Sache angebahnt hat. Die Einhelligkeit des negativen Urteils über den Krieg - im Unterschied zum vorigen Jahrhundert - wird als bemerkenswert bezeichnet. Die Kirchen sehen heute den Krieg nicht nur als "Übel", sondern als "Sünde" an. Die Feststellung der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam im Jahre 1948, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll, wird nachdrücklich unterstrichen. "Die Rolle, die der Krieg im heutigen internationalen Leben spielt", betont die Amsterdamer Erklärung, "ist Sünde wider Gott und eine Entwürdigung des Menschen". Und in der Begründung des Ratschlages wird die Verpflichtung der Kirche ausgesprochen, von Evangelium her für den Frieden zu wirken und an der Beseitigung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Ursachen, die zu Kriegen führen können, mitzuwirken und unermüdet für eine Politik der Verständigung unter den Völkern einzutreten.

In den Thesen des Ratschlages wird davon gesprochen, dass den Christen die Frage in das Gewissen gelegt ist, ob der Krieg als ein letztes Mittel der Verteidigung und die Teilnahme am Krieg oder die Vorbereitung dafür erlaubt sein kann. Der Staat aber - wenn er die Befugnis zur Heranziehung seiner Bürger zum Wehr- und Kriegsdienst in

Anspruch nimmt - steht vor der Frage, ob er nicht um der Würde des Menschen willen und als ein Zeichen eigener staatlicher Selbstbegrenzung darauf verzichten muss, von Menschen den Kriegsdienst zu fordern, die dadurch in ernste Gewissensnot geraten. An den Staat wird die dringende Bitte gerichtet, den Kreis der Gewissensbedenken, denen er Gehör schenkt nicht eng oder gar schematisch abzustechen. Sie brauchen keineswegs nur aus einer grundsätzlichen Haltung, die ein für allemal gilt, zu kommen, sondern sie könnten durchaus auch in einer konkreten Situation begründet sein.

#### Von ausserordentlicher Bedeutung

Diese Stellungnahme ist von ausserordentlicher Bedeutung. Sie verwirft damit die Auffassung, dass nur dessen Gewissensbedenken zu berücksichtigen sind, der ein grundsätzlicher Pazifist ist und das womöglich noch durch Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation bekräftigt. Es ist durchaus nicht nötig, wie die Begründung näher ausführt, dass der sich auf sein Gewissen Berufende für alle Zukunft sagen kann, was er tun bzw. nicht tun wird. Die Entscheidung kann vielmehr durch die konkret sich ergebende Situation bedingt sein. Das bedeutet, dass beispielsweise jemand in seinem Gewissen zu einer bestimmten Entscheidung gedrängt werden kann, weil Tatsachen wie die Spaltung Deutschlands oder die Veränderung der strategischen Situation durch die Atomwaffen gegeben sind.

Der Ratschlag fordert auch, dass der Wehrpflichtige Gewissensbedenken, die ihn zu der Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe zwingen, auch nach der Einberufung zum Wehrdienst geltend machen kann, wenn er die Ernsthaftigkeit des Gewissensanstosses glaubhaft zu machen vermag. Die Evangelische Kirche will alle Gewissensentscheidungen respektieren und für ihre Respektierung durch die zuständigen Stellen eintreten. Der Schutz der Kriegsdienstverweigerer soll auch nicht auf den Fall des eigentlichen Krieges beschränkt, sondern auf die Teilnahme an der militärischen Ausbildung im Frieden erstreckt werden.

#### Wer entscheidet über Gewissensnot?

Besonderes Augenmerk richtet der Ratschlag auf die Einrichtung und Zusammensetzung der Stellen, die über die Zulässigkeit und Ernsthaftigkeit der Ablehnung des Kriegsdienstes um des Gewissens willen zu entscheiden hat. Die Grenzen menschlichen Urteils und die Notwendigkeit besonderer Qualifikation der zur Entscheidung Berufenen sei zu bedenken. Die Entscheidung soll nicht den Wehrersatzbehörden, sondern Stellen, die von ihnen auch in der personalen Zusammensetzung unabhängig sind, gegeben werden. Unabhängige Persönlichkeiten mit den erforderlichen Erfahrungen in richterlicher Praxis und mit umfassender Menschenkenntnis werden gefordert. Eine unabhängige richterliche Berufungsinstanz wird für notwendig erachtet.

Wenn die Gewissensbedenken Anerkennung finden, soll der Wehrpflichtige, wenn er sich dazu bereit findet, zum waffenlosen Dienst in der Truppe (z.B. Sanitätsdienst) einberufen werden. Besteht diese Bereitschaft nicht, so soll er zu einem unter ziviler Leitung stehenden Ersatzdienst von gleicher Zeitsdauer und gleicher Schwere wie der Wehrdienst eingezogen werden. Die Möglichkeit der Ableitung eines "Friedensdienstes" zu gleichen Bedingungen in besonderen Einrichtungen kirchlicher oder freier Organisationen soll vorgesehen werden. Um sicherzu-

stellen, dass der zum waffenlosen Dienst oder Ersatzdienst Herangezogene nicht doch zu einer Dienstleistung geholt wird, die von ihm als militärische Tätigkeit betrachtet werden muss, wird die Gewährung eines Rechtsmittels gegen eine solche Verwendung gefordert. Jede bürgerliche und staatsbürgerliche Benachteiligung des Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen ist, wie der Ratschlag ausführt, auszuschließen.

Die führenden und entscheidenden Organe der Evangelischen Kirche in Deutschland haben damit zu dem Proben der Kriegsdienstverweigerung in eindeutiger und unmissverständlicher Weise Stellung genommen. Im Interesse unseres Volkes ist dringend zu wünschen, dass diese gewichtigen Stimmen gehört werden.

+ + +

### Ein Leben für die Kumpels

op. Ein Menschenleben, das dem Dienste und der Wohlfahrt der Kumpels an Rhein und Ruhr gewidmet war, ist durch einen Schlaganfall ausgelöscht worden. Mit dem 63 Jahre alt gewordenen Heinrich Imig, dem Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, verliert die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen ihrer hervorragendsten Repräsentanten, die Bergarbeiter einen tapferen und unermüdeten Kämpfer und die deutsche Sozialdemokratie einen Mann, dessen Ratschlag viel Gewicht besass.

Der Sohn eines Bergarbeiters blieb sein Leben der Sache treu, der er sich von Jugend an verschrieben hatte: den einst verachteten Kumpel in den Rang eines vollwertigen Bürgers zu erheben und sein Selbstbewusstsein zu steigern. Wenn heute der Bergarbeiter an der Spitze der Lohnskala steht, und sein Wort bei der Gestaltung der innerbetrieblichen Verhältnisse nicht mehr überhört werden kann, so ist dies mit ein Werk von Heinrich Imig. Mit dem Bergarbeiter-Veteran August Schriät, dessen Nachfolger als Vorsitzender er vor drei Jahren wurde, hatte er eine ruhige Besonnenheit und kluges Maßhalten gemeinsam. Ihm ist es mit zu verdanken, wenn es nach 1945 gelungen ist, die katastrophalen Kriegsfolgen an Rhein und Ruhr zu beseitigen und diese industrielle Werkstatt der Bundesrepublik von schweren Erschütterungen freizuhalten.

Heinrich Imig war ein lebendiges und überzeugendes Beispiel von der prägenden und die Persönlichkeit entfaltenden Kraft der deutschen Arbeiterbewegung, soweit sie durch die Sozialdemokratie geformt wurde. Gleich vielen anderen war ihm der höhere Schulbesuch nicht vergönnt;

wirtschaftliche Bedürfnisse zwang ihn schon frühzeitig zur Arbeit im Bergbau. Schon 1920 wählten die Kumpels der Schächtenlage Friedrich Ernestine in Essen-Stoppenberg den Weltkriegsteilnehmer zum Vorsitzenden des Betriebsrates, und wenig später zum Betriebsrats-Vorsitzenden der Zollvereinsschächte in Essen-Katernberg und zum Aufsichtsrat der Vereinigten Stahlwerke.

1926 wurde er als leitender Angestellter in die Zentrale der Bergarbeitergewerkschaft berufen, in der er bis zu deren Auflösung im Mai 1933 verblieb. Mehr recht als schlecht schlug er sich durch die Jahre des tausendjährigen Reiches. Nach dem Zusammenbruch erfolgte die Bestellung zum Stadtdirektor Castrof-Rauxel; als ihn die Kumpels riefen, liess er Amt und Versorgungsanspruch im Stich, um als Stellvertreter August Schmidts ab 1949 sich wieder der ursprünglichen Tätigkeit zu widmen, die Ausdruck seines innersten Willens war. 1953 wurde er zum Vorsitzenden gewählt. Besondere Herzanliegen waren ihm neben dem Ausbau der Mitbestimmung die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erleichterung der schweren Arbeit unter Tage durch verbesserte Organisation und zweckmässige Rationalisierung.

Nordrhein-Westfalen ist diesem Mann, der sein Leben dem Dienst am arbeitenden Menschen widmete, zu vielem Dank verpflichtet. Nie hat sich Inig einer Verantwortung entzogen. Die internationale Anerkennung, die Inig fand, wurde vor zwei Jahren durch seine Wahl zum Präsidenten des Internationalen Bergarbeiterverbandes bekräftet - eine Ehre, die ihm als ersten Deutschen zuteil wurde. Diese Ehre gilt allen deutschen Bergarbeitern. Der deutsche Arbeitersohn Heinrich Inig hat durch sein Wirken unvergängliche Spuren hinterlassen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau